

Tinbergen, Jan

Article — Digitized Version

Entwicklungshilfe muss verdoppelt werden

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Tinbergen, Jan (1964) : Entwicklungshilfe muss verdoppelt werden, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 44, Iss. 10, pp. 405-411

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133422>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

„Entwicklungshilfe muß verdoppelt werden“

Interview mit Prof. Dr. Jan Tinbergen, Den Haag

WIRTSCHAFTSDIENST: Herr Professor, Sie haben kürzlich die These vertreten, daß bei jeder Entwicklungshilfe das Interesse des Empfängerlandes im Mittelpunkt der Überlegungen zu stehen habe. Langfristig, so sagten Sie, würde so auch dem Interesse der Geberländer gedient. Könnten Sie dazu etwas Näheres ausführen?

TINBERGEN: Das Interesse aller Länder, also auch das der entwickelten Staaten, ist es, daß die Welt als eine stabilere Einheit durchorganisiert wird. Und das muß, glaube ich, vorrangig dadurch geschehen, daß die Gegensätze, die sich jetzt immer mehr verstärken, allmählich geringer werden oder wenigstens, daß die Differenzen nicht weiter zunehmen. Ich glaube deshalb sagen zu können, daß, weil die schwierigsten Probleme gerade in den jungen Staaten liegen, ihre Entwicklung im Vordergrund stehen muß. Schließlich ist es das Gesamtinteresse aller Länder, daß dieser Gegensatz gemildert wird.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wir fragen uns manchmal — und die These wird ja auch vertreten —, kann man wirklich davon ausgehen, daß es Zielsetzung der Entwicklungspolitik ist, das Einkommensniveau in den verschiedenen Ländern aneinander anzugleichen? Vor allen Dingen: Kann man davon ausgehen, daß diese Zielsetzung wirklich von der Bevölkerung der Industrieländer akzeptiert wird? In vielen westlichen Ländern läßt sich eine umfangreiche Entwicklungshilfe doch einfach nur deswegen durchsetzen, daß man der Bevölkerung sagt, wir müssen dies tun, um im Wettkampf mit dem Ostblock standhalten zu können,

aber nicht aus dem Grunde, um das Einkommensniveau anderer Völker zu erhöhen.

TINBERGEN: Ja, Sie berühren eine durchaus wichtige Frage. Zuerst glaube ich persönlich, daß die Mehrzahl der Bevölkerung der westlichen Länder noch kaum ahnt,

wie wichtig diese ganze Sache ist. Und das ist verständlich, weil die Mehrheit der Bevölkerung ihre eigenen Sorgen hat. Doch glaube ich, daß dieses Argument der Konkurrenz mit dem Ostblock gar nicht so wichtig ist, denn die Hilfe, die der Ostblock leistet, ist gar nicht so groß. Viel wichtiger ist es, daß

JAN TINBERGEN

gehört zu jenen Nationalökonomien, die heute das Problem der Entwicklungsländer als „Weltproblem Nummer Eins“ ansehen und deshalb diesem Fragenkomplex ihre gesamte Aufmerksamkeit zugewendet haben.

Tinbergen wurde am 12. April 1903 als Sohn eines holländischen Lehrers in Den Haag geboren und begann seine berufliche Laufbahn — nach einem Studium der Mathematik und der Promotion zum Doktor der Physik an der Universität Leiden — als Konjunkturforscher. 1933 wurde er Professor an der Niederländischen Wirtschafts-Hochschule in Rotterdam. Nach dem Kriege war er 10 Jahre lang (von 1945 bis 1955) Direktor des Niederländischen Planungsbüros und legte während dieser Zeit die Grundlage für das inzwischen allgemein anerkannte niederländische Planungssystem. Seit 1956 hat Tinbergen den Lehrstuhl für Entwicklungsplanung in Rotterdam inne und hat seitdem in verschiedenen Komitees der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Problematik der Entwicklungsländer mitgewirkt. Seit 1959 ist er darüber hinaus Erster Berater des türkischen Planungsamtes. Zu seinen wichtigsten Publikationen, die z. T. in bis zu 7 Sprachen übersetzt worden sind, gehören: *Econometrics*, London 1942; *International economic cooperation*, Amsterdam 1945; *International economic integration*, Amsterdam-Brüssel 1954; *On the theory of economic policy*, Amsterdam 1955; *Economic policy: principles and design*, Amsterdam 1956; *The European Economic Community*, Stockholm 1963; *Shaping the world economy. Suggestion for an international economic policy*, New York 1963.

Seine wissenschaftlichen Arbeiten haben ihm hohe Ehrungen eingetragen. Etliche Universitäten verliehen ihm die Ehrendoktorwürde. Außerdem ist er Mitglied der Königlich Niederländischen sowie Mitglied der Königlich Flämischen Akademie der Wissenschaften.

Professor Dr. Jan Tinbergen gewährte dem WIRTSCHAFTSDIENST das hier abgedruckte Interview am 24. September 1964 in einer Konferenzpause der 40. Tagung der Gesellschaft für Wirtschaft- und Sozialwissenschaft (Verein für Socialpolitik) in Travemünde.

wir selbst endlich darüber nachdenken müssen, wie notwendig es für uns selbst ist, daß die Welt in der Zukunft richtig strukturiert ist. Und ich meine, das größte Problem, das wir gegenwärtig und zumindest in der nächsten Generation zu lösen haben, ist das Problem der Sicherheit: Ich meine die Vermeidung eines Nuklearkrieges. Dazu müssen wir die Welt wirklich neu ordnen, sozusagen den Frieden organisieren. Hierzu bedarf es einer gewissen Weisheit. Wir müssen in die Zukunft blicken und verstehen, daß eine solide Struktur notwendige Voraussetzung hierfür ist. Das sollten wir als Nationalökonomien jedenfalls den Regierungen empfehlen. Natürlich weiß ich, daß die Politiker einige Zeit brauchen werden, bevor sie das verstehen. Ich weiß aus eigenem Kreise, daß dies sogar in den Gewerkschaften nur am Gipfel verstanden wird. Die Masse der Mitglieder versteht das kaum. Aber es ist ihr eigenes Interesse, glaube ich. Ich sehe keine andere Möglichkeit, als daß die Welt wirklich langfristig neu durchorganisiert wird.

WIRTSCHAFTSDIENST: Nun spielen ja bedauerlicherweise in der Praxis der Entwicklungshilfe vor allen Dingen von seiten der Industriestaaten gewisse kurzfristige Erwägungen eine Rolle, z. B. auf ein bestimmtes Wohlverhalten des Empfängerlandes hin. Welchen Weg sehen Sie, daß diese kurzfristigen Erwägungen mit dem langfristigen Interesse aller in Einklang gebracht werden?

TINBERGEN: Es scheint mir klar zu sein, daß kurzfristig in der Tat auch mit anderen Gesichtspunkten gerechnet werden muß. Zuerst gibt es da die unmittelbaren Interessen der entwickelten Länder. Daneben gibt es das Verhaltensbeispiel der Entwicklungsländer. Hier handelt es sich teilweise um eine Art Erziehungsprozeß oder — wenn Sie wollen — um einen Lernprozeß. Da es im Interesse des langfristigen Sieges liegt, daß dieser Prozeß sich recht gestaltet, bin ich der Ansicht, daß wir auch die kurzfristigen Interessen nicht einfach vernachlässigen können. Übrigens

brauchen die beiden Ziele nicht unbedingt im Gegensatz zueinander zu stehen.

WIRTSCHAFTSDIENST: In einigen westlichen Industriestaaten wird sehr häufig von politischer Seite — so auch z. B. in der Bundesrepublik Deutschland — die These vertreten, daß man die Wohlstandslücke, von der wir vorhin sprachen, am besten dadurch überwinden könnte, daß man in erster Linie die Privatwirtschaft in den Entwicklungsländern stärkt und vor allem auch die Privatwirtschaft der Industrieländer zur Hilfe heranzieht. Sie haben kürzlich gesagt, daß man zu einer einigermaßen flexiblen Arbeitsteilung zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor kommen müsse. Würden Sie meinen, daß der gegenwärtige Zustand, wie er in einigen westlichen Ländern besteht, wo die Privatwirtschaft also bestimmte Präferenzen genießt, der ideale ist?

TINBERGEN: Es scheint mir etwas schwierig, das so generell zu beantworten. Wir suchen eigentlich auch noch nach dem Gleichgewicht. In manchen Entwicklungsländern ist die traditionelle Schwäche der Privatinitiative ein Indiz dafür, daß dort — vielleicht zeitweilig nur, vielleicht auch dauernd — der öffentliche Sektor etwas größer sein könnte als hier. Es gibt doch Zweige, die z. B. in einem Land wohl von der Privatwirtschaft betrieben werden können, in dem anderen aber nicht und daher dem öffentlichen Sektor zugehören. Die Debatte darüber scheint mir noch immer nicht beendet. Ich habe neuerdings auch versucht, andere Kriterien zu formulieren, als sie bisher die Hauptrolle gespielt haben. Bisher waren Kriterien entscheidend, die kaum wirtschaftlicher Natur waren, die vielmehr der politischen, sozialen und vielleicht sogar strategischen Ebene angehörten, und da scheint mir, daß wir vielleicht unsere Einsicht noch verbessern können, wenn wir versuchen, das etwas mehr unter wirtschaftlichem Aspekt zu betrachten. Ich möchte Ihnen vier Kriterien nennen: Wirtschaftsbereiche mit deutlichen externen Effekten und mit technischer

Überkapazität sollten vom öffentlichen Sektor übernommen werden, weil sich nachweisen läßt, daß Privatunternehmen hier zu falschen Entscheidungen kommen würden. Darüber hinaus kann man den öffentlichen Sektor vorziehen, wenn die Privatinitiative ungenügend stark ist. Schließlich hängt es von der relativen Produktivität beider Sektoren ab, ob man in gewissen Fällen für den einen oder den anderen votiert. Daneben kann der ethische Gesichtspunkt, inwieweit man den Gewinn als Einkommen als erwünscht betrachtet, eine Rolle spielen. Das ist natürlich eine Frage, die weniger wirtschaftlich ist. Sie bleibt immer eine politische Entscheidung. Ich glaube aber, daß vor allem die zwei zuerst genannten Kriterien etwas mehr Gewicht haben könnten, als sie es bisher gehabt haben. Man kann nämlich, glaube ich, auf Grund einfacher Überlegungen der Wohlfahrtstheorie zeigen, daß, wie es in anderer Form auch Lerner¹⁾ gemacht hat, in den Fällen, wo man externe Effekte oder wo man diese technische Überkapazität hat, die Privatunternehmer nicht zu den sozial richtigen Entschlüssen kommen würden.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wobei da natürlich ein Problem auftaucht, nämlich die Unterscheidung gerade der Auswirkung der realwirtschaftlich relevanten externen Effekte und der sonstigen externen Effekte.

TINBERGEN: Ja, das ist bestimmt ungelöst, und ich habe einmal eine Debatte darüber mit meinem Kollegen Maurice Allais aus Paris gehabt, der zwar grundsätzlich meiner These zustimmte, aber hinzufügte: „Ich glaube als Liberaler, daß diese Effekte ganz gering sind.“ Mein Glaube ist der, daß sie doch etwas größer sind, als Herr Allais meint. Das allerdings sagt noch nichts über die wirkliche Größe, und ich bin mir völlig bewußt, daß hier noch ein interessantes Gebiet für weitere Untersuchungen liegt.

¹⁾ Vgl. Abba P. Lerner: *The Economics of Control. Principles of Welfare Economics*, New York 1944.

WIRTSCHAFTSDIENST: Um zu einer „optimalen Entwicklungshilfe“ zu kommen (so kann man wohl sagen?), muß man zunächst einmal Klarheit darüber haben, welche Lenkungsmöglichkeiten in den Entwicklungsländern selbst bestehen. Welche würden Sie für die wichtigsten halten?

TINBERGEN: Ja, es ist richtig, zunächst einmal, bevor man die Lenkungsmöglichkeiten der Entwicklungshilfe — also die Politik der Geberländer — bespricht, zu fragen, welche Methoden der Lenkung die Regierungen der Entwicklungsländer selbst besitzen. Die wichtigsten hiervon sind meiner Ansicht nach: 1. gewisse grundlegende Reformen, wie die Ausschaltung von unproduktivem Großgrundbesitz, Steuerreformen und Reformen der Administration, 2. die Erweiterung der Unterrichtsmöglichkeiten, besonders des technischen und mittleren Unterrichts, 3. öffentliche Investitionen, Subventionen und steuerliche Maßnahmen sowie 4. eine Beurteilung der wichtigsten privaten Investitionsprojekte, damit die für die Nation als Ganzes besten Projekte Priorität erlangen. Die Regierung soll sich dabei durch allgemeinerwirtschaftliche und allgemeinsoziale Gesichtspunkte leiten lassen. Die Mittel, die der Regierung zur Verfügung stehen, in dieser Weise selektiv vorzugehen, sind die üblichen Steuermaßnahmen, Devisenzuweisungen, Baugenehmigungen usw. Es empfiehlt sich selbstverständlich, derartige direkte Eingriffe nur für größere Projekte bis

in Einzelheiten vorzunehmen; für kleinere Projekte kann man sich jedoch wohl Verbote für gewisse Kategorien denken, wie z. B. ein Verbot für Einzelhandelsinvestitionen gewisser Kategorien oder ein Bauverbot für Luxuswohngebäude.

WIRTSCHAFTSDIENST: Sie setzen voraus, daß die Regierungen der Entwicklungsländer bereit und auch fähig sind, die von Ihnen skizzierte rationale Entwicklungspolitik zu betreiben. Es wird ja häufig von bestimmten Kreisen in westlichen Ländern behauptet, daß diese rationalen Überlegungen noch überhaupt nicht durchgeführt werden können.

TINBERGEN: Ich gebe Ihnen gern zu, daß natürlich allerhand Mißverständnisse bestehen. Beispiele hört man ja immer wieder. Ich stimme den meisten Beispielen zu, aber ich weiß nicht, ob das Ausmaß vielleicht nicht manchmal übertrieben wird. Meine Gegenfrage wäre: was für eine andere Wahl haben wir? Wenn wir mit einem solchen Land verhandeln wollen, so können wir doch nur mit der Regierung verhandeln. Das ist die einzige Stelle, wo man die Interessen des Landes, jedenfalls im Prinzip, verteidigt.

Deshalb müssen wir vielmehr, wenn diese Schwächen bestehen — und sie bestehen fast überall —, versuchen mitzuhelfen, daß sie allmählich beseitigt werden. Ich glaube nicht, daß es nützen würde, wenn wir andere Wege suchten, wie z. B. die direkte Privatinvesti-

tion ein solcher Weg ist. Die schließe ich übrigens gar nicht aus, natürlich nicht, aber ich glaube nicht, daß sie als Hauptinstrument benutzt werden kann. Ich brauche Sie nicht daran zu erinnern, daß, nachdem diese Länder unabhängig geworden sind, die Neigung des Privatkapitals, dort Investitionen zu machen, gering ist, aus verständlichen Gründen. Es ist natürlich zu hoffen, daß sie allmählich wieder stärker wird.

WIRTSCHAFTSDIENST: Trotz der These von der Abstimmung zwischen staatlicher und privater Entwicklungsinvestition würden Sie also meinen, daß in der augenblicklichen Situation die staatlichen Investitionen die primären sind und die privaten sekundär hinzutreten, vor allen Dingen dann, wenn praktisch der take-off durch die staatlichen erreicht worden ist und sich eine institutionelle wie auch eine politische Stabilisierung anbahnt.

TINBERGEN: Ich möchte hier ein mögliches Mißverständnis eliminieren, das darin bestehen könnte, daß ich nicht auch die Rolle der privaten Wirtschaft in den Entwicklungsländern sähe. Natürlich sehe ich sie. Und wenn ich von Subventionen und Steuermaßnahmen gesprochen habe — und ich hätte noch etwas mehr sagen können: z. B. die Informationsdienste und technische Hilfe und ähnliches —, dann habe ich natürlich auch daran gedacht, daß bestimmte Sektoren, die am besten von der Privatinitiative versorgt werden können,



*Sorgfältige Beratung
in allen Geldfragen*

BANK FÜR GEMEINWIRTSCHAFT
AKTIENGESELLSCHAFT

Niederlassungen im gesamten Bundesgebiet und in West-Berlin

auch in der Tat von der Privatinitiative versorgt werden sollten. Ich bin auch einverstanden, daß das oft so gemacht werden kann, daß mit der staatlichen Aktivität, den staatlichen Investitionen also, ein Anfang gemacht wird, sozusagen zielbewußt Reaktionen herausgefordert werden von der Privatwirtschaft. Mit alledem bin ich einverstanden. Nur würde ich persönlich das nicht ganz mit den Worten Hirschmans²⁾ umschreiben, wie das häufig getan wird, weil ich glaube, daß dieser Angriff gegen die Theorie des balanced growth³⁾ doch zu weit geht. Es scheint mir nämlich, daß das Ziel, das man hat, eine gleichgewichtige Entwicklung sein muß.

„Unbalanced“ kann die Entwicklung nur in der Weise sein, daß man sagt, der Staat könne nicht alles machen. Wenn man hingegen nur „unbalanced“ sagt — ohne weiteres — so schließt das jedoch auch Formen von Nichtgleichgewichten ein, die in der Vergangenheit entstanden sind. Das gefällt mir nicht an der Terminologie Hirschmans. Er vergißt nämlich als Nichtmathematiker, daß von allen möglichen Zuständen die Zahl der Gleichgewichtszustände nur eine ganz kleine Linie ist und daß es nur wenige Ungleichgewichte gibt, die dazu führen, daß man wieder auf die Gleichgewichtslinie zurückkommt, daß es aber sehr viele gibt, die nicht dahin führen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Sie würden also sagen, langfristiges Ziel Gleichgewicht, aber wenn das instrumentale gesehen wird, dann sind Myrdal und Hirschman keine Alternative, sondern in gewissem Sinne Korrelat.

TINBERGEN: Ja. Und ich glaube, daß es eigentlich in der Theorie der Wirtschaftspolitik immer so gesehen worden ist. Wenn man eine Rollenverteilung hat zwischen den zwei Sektoren, so muß das eben

²⁾ Vgl. Albert O. Hirschman: *The Strategy of Economic Development*, New Haven 1958.

³⁾ Als wichtigster Vertreter der gleichgewichtigen Entwicklungstheorie gilt Gunnar Myrdal: *Ökonomische Theorie und unterentwickelte Region*, Stuttgart 1959.

so geschehen, daß gerade die richtigen Reaktionen ausgelöst werden. Und meine Frage an die Theoretiker des unbalanced growth könnte lauten: wie machen sie denn überhaupt ausfindig, was der Staat genau machen soll? Eine Antwort hierauf habe ich bisher noch nicht gehört. Ich wäre also ganz einverstanden mit dem Prinzip, falls es so verstanden wird, wie ich es jetzt kurz berührt habe. Ich glaube aber, daß wir mit unserer Arbeit noch kaum an den Punkt herangekommen sind, an dem wir das weiter ausarbeiten können. Mein Versuch, diese Arbeitsteilung etwas zu skizzieren, war teilweise lediglich ein Versuch dazu.

WIRTSCHAFTSDIENST: In welcher Weise, meinen Sie nun, daß die Geberländer auf eine vernünftige Verwendung der Mittel, die sie bereitzustellen bereit sind, einwirken können?

TINBERGEN: Ja, zuerst halte ich das Ausmaß der Hilfe für sehr wichtig.

WIRTSCHAFTSDIENST: Würden Sie uns eine Zahl nennen können?

TINBERGEN: Ich möchte da gern auf eine Veröffentlichung hinweisen, die mein Institut, eigentlich meine Mitarbeiter und ich selbst, vor 2 Jahren gemacht haben unter dem Titel: *Shaping the world economy*.⁴⁾ Dort haben wir eine der möglichen Berechnungen gezeigt. Man kann so etwas in manchen Varianten machen. Es läuft immer darauf hinaus, daß man sich zuerst ein Ziel setzt, und dieses Ziel soll, wie schon gesagt, die Konvergenz der Einkommen sein oder wenigstens das Aufhören der Divergenz. Das heißt, daß man einen bestimmten Steigerungssatz des Pro-Kopf-Einkommens der Entwicklungsländer anstreben muß. Dann ist die Bevölkerungszunahme in Rechnung zu stellen; so kommt man zu einem Mindeststeigerungssatz für das gesamte Volkseinkommen der Entwicklungsländer. Berücksichtigt man ferner einen empirisch feststellbaren Kapitalkoeffi-

⁴⁾ Vgl. Jan Tinbergen: *Shaping the World Economy, Suggestion for an international economic policy*, New York 1963.

zienten, so kann man eine Schätzung vornehmen, wieviel Finanzhilfe notwendig ist. Wenn Sie wollen, kann man noch die Unterhaltsausgaben hinzuzählen, was den Kapitalkoeffizienten um etwa ein Viertel erhöhen würde. Auf Grund einer solchen Berechnung käme man dann auf eine notwendige Finanzhilfe, die etwa doppelt oder dreimal so hoch wäre wie die gegenwärtige Hilfe.

WIRTSCHAFTSDIENST: Das würde bedeuten, daß man von einer gegenwärtigen Hilfssumme von 8,5 Mrd. \$ auf ...

TINBERGEN: ... sagen wir zunächst ca. 15 Mrd. \$ kommen müßte ...

WIRTSCHAFTSDIENST: ... jährlich ...

TINBERGEN: Ja, jährlich! Und wenn man mir sagt, das ist doch unmöglich, so würde ich antworten: denken Sie mal, wie die Lage ist! Wir haben jetzt etwa 800 Mrd. \$ Einkommen der Industrieländer. Diese vermehren sich jährlich um 2 1/2 %. Das sind also 20 Mrd. \$. Das kommt jährlich hinzu, also 820, 840, 860 usw. Nun, da glaube ich, daß es nicht schwierig ist, den Betrag der Hilfe von etwa 8 Mrd. \$ in einigen Jahren auf — sagen wir — 14 Mrd. \$ und vielleicht etwas später auf 20 Mrd. \$ zu bringen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Würden Sie eine Schätzung geben können, für wie lange diese hohen Mittel gegeben werden müßten? Würden Sie irgendwo einmal ein Ende dieses Ausgleichsprozesses sehen?

TINBERGEN: Ich muß Ihnen sagen, daß das natürlich sehr schwierig ist. Es war eine Zeitlang die Mode meiner Kollegen, die sich mit dem Gegenstand beschäftigten, es so darzustellen, als ob die Hilfe eine zeitweilige Sache wäre. Ich glaube, daß die Hilfe in vielen Fällen für längere Zeit wird weitergehen müssen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Würden Sie sagen, für die nächste Generation auf jeden Fall?

TINBERGEN: Ja, ungefähr. Aber wenn Sie noch einmal ein Beispiel haben möchten, so haben wir gerade über diesen Punkt kürzlich in der Türkei gesprochen und haben festzustellen versucht, ob 1973 die Hilfe beendet werden könnte, oder ob das später sein würde. Dabei haben wir Berechnungen angestellt, mit denen wir beruhigt arbeiten können. Hiernach könnte die Hilfe in etwa 14 Jahren beendet werden.

WIRTSCHAFTSDIENST: Im Falle der Türkei.

TINBERGEN: Ja.

WIRTSCHAFTSDIENST: Sicher kann man diese Zahl nicht verallgemeinern.

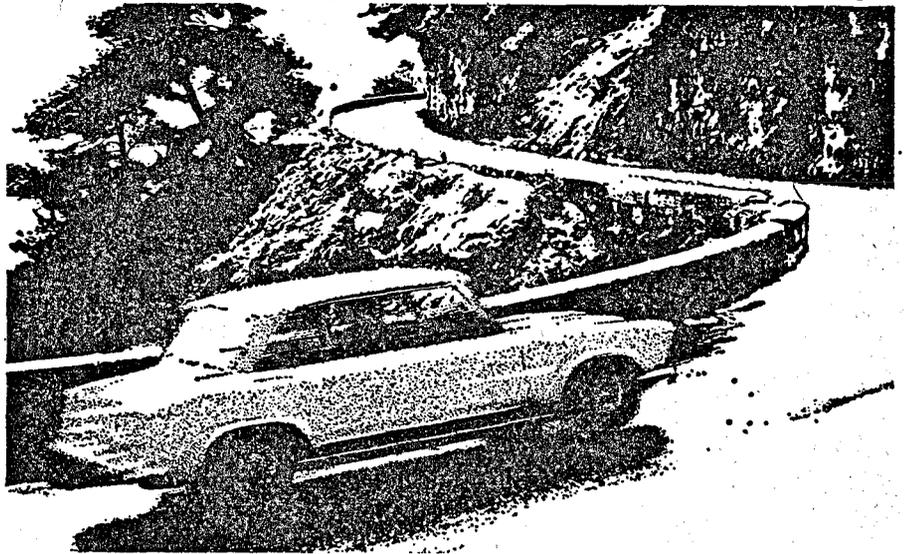
TINBERGEN: Nein. Natürlich gibt es auch Länder, in denen das Ziel schon früher erreicht werden kann, z.B. in Mexiko, in anderen später.

WIRTSCHAFTSDIENST: Welche anderen Möglichkeiten sehen Sie für die Entwicklungshilfe der Industriestaaten, lenkend einzugreifen?

TINBERGEN: Als zweite Lenkungsmöglichkeit möchte ich die Bedingungen nennen, unter denen die Hilfe gegeben wird. Hier sollte man sich allerdings davor hüten, psychologisch verfehlte Bedingungen zu fordern. Zu den nützlichen Bedingungen möchte ich an erster Stelle die Existenz eines guten Entwicklungsplanes oder -programms nennen. Das bedeutet ja eine erste Garantie dafür, daß man sich Gedanken über die Zweckmäßigkeit der Entwicklungspolitik gemacht hat.

Eine weitere Möglichkeit ist durch das sogenannte „matching principle“ gegeben. Hierbei verspricht das empfangende Land gewisse Leistungen, die mit der Leistung der Geberländer parallel zu erbringen sind. Das war in vielen Ländern schon eines der führenden Prinzipien im Verhältnis zwischen Zentralbehörde und untergeordneten Behörden, ebenso wie z. B. beim Marshall-Plan. Ein aktuelles Beispiel könnte die Konsortiumpolitik für die Türkei sein, wobei gewisse Hilfsbeträge nur dann gegeben werden, wenn

Sein Motor ist jünger als der Kilometerstand zeigt!



**Für sicheren Schutz -
für längeres Leben Ihres Motors**

**MOBIL
SPECIAL**



**Wo immer Sie Ihr Motoröl wechseln: Fragen Sie
nach MOBILÖL Special!**

In aller Welt



Spezialisten für Öl

gleichzeitig das Steueraufkommen innerhalb der Türkei in einem gewissen Maße steigt. Derselbe Gedanke wird auch überall dort angewandt, wo ein „joint venture“ in Angriff genommen wird.

Neben den allgemeinen Bedingungen, zu denen die Finanzhilfe geboten wird, spielt auch ihre Form eine Rolle. Oft wird diese Hilfe für bestimmte Projekte gegeben. Ich glaube, Ihnen sagen zu müssen, daß diese Tendenz heute zu stark ist; man verlangt von seiten der Geberländer zuviel.

Der Gesamtbedarf an Devisen kann nur zum Teil gewissen Projekten in jener direkten Weise zugerechnet werden, wie das üblich ist, d.h. daß nur Einfuhren von Kapitalgütern und Rohstoffen finanziert werden. Jedes Projekt hat auch indirekte Einfuhren zur Folge, wenn z.B. die dabei beschäftigten Arbeiter mehr Verbrauchsgüter kaufen. Darüber hinaus kann immer nur ein Teil der nützlichen Investitionen einer Volkswirtschaft in die Form einzelner Projekte gegossen werden. In Wirt-

schaftszweigen, wo der Kleinbetrieb vorherrscht, wie die Landwirtschaft, das Handwerk usw., ist das nicht der Fall. Der entsprechende Valutabedarf ist nicht in Projekthilfe auszudrücken, und die Geberländer sollen darauf verzichten, ihre Hilfe nur in dieser Form geben zu wollen. Hier kann eben ein Entwicklungsplan zur Beurteilung der Zweckmäßigkeit dieser nicht projektgebundenen Einfuhren beitragen, und dementsprechend soll ein Teil der Hilfe „allgemeine Programmhilfe“ sein. Was die Kreditbedingungen anbetrifft, so trete ich dafür ein, daß wir nicht immer nur an Anleihen denken sollen. Ich habe nämlich Angst, daß nach einigen Jahren viele dieser Länder überhaupt nicht imstande sein werden, die Zinsen und die Rückzahlung zu finanzieren, und ich glaube, daß es besser ist, wenn wir das heute schon erkennen. Sie wissen vielleicht, daß die Weltbank eine Studie darüber gemacht hat⁵⁾ und daß es sehr wahrscheinlich ist, daß man in einigen Jahren mit radikalen Vorschlägen kommen wird. Und Sie wissen vielleicht ferner, daß die IDA eigentlich nur aus diesen Gründen gestiftet worden ist. Sie gibt heute schon sogenannte „soft loans“. Da hat man also schon etwas gefühlt. Im Falle der Türkei habe ich allerdings feststellen müssen, daß dieser Gedanke leider noch wenig Anwendung findet, daß nämlich sowohl Frankreich wie Deutschland, nachdem sie einmal eine gewisse Finanzierung zugesagt hatten, dann doch wieder mit Anleihen zu harten Bedingungen kommen statt mit Schenkungen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Man hat ja häufig das Argument gebraucht, wenn man grants gäbe, dann würde man der Regierung des Entwicklungslandes praktisch nicht zur Bedingung machen, die Mittel wirtschaftlich zu verwenden. Der Vorteil der Kredite — so sagt man — bestehe darin, daß das Entwicklungsland sich Gedanken macht,

⁵⁾ International Bank for Reconstruction and Development: Debt servicing problems of low income countries 1956-58, Baltimore, 2nd printing, 1963.

wie es die Gelder produktiv anlegt, um in der Lage zu sein, sie zurückzahlen zu können.

TINBERGEN: Ja. Ich gebe zu, daß etwas in diesem Argument steckt. Allerdings glaube ich doch, daß, wenn man eine solche Schenkung gibt und wenn man an der ersten Bedingung festhält, nämlich daß es einen gutdurchdachten Entwicklungsplan gibt, dann doch eine Möglichkeit besteht, bei der Verwendung der Mittel mitzusprechen. Das heißt also, daß die Diskussion sich konzentriert, wie es auch im Falle der Türkei sehr intensiv geschehen ist, auf die Diskussion des Planes. Ich möchte aber noch auf eine letzte wichtige Lenkungsmöglichkeit hinweisen, auf die Verausgabensfreiheit der Mittel.

WIRTSCHAFTSDIENST: Das ist natürlich ein Punkt, der in vielen Industrieländern kontrovers ist. Man möchte gern die Lieferbindung, solange man in Zahlungsbilanzschwierigkeiten ist oder meint, in solche kommen zu können.

TINBERGEN: Ja. Hier gibt es allerdings einen gewissen Gegensatz zwischen den großen und den kleinen Industrieländern. Denn die kleinen Industrieländer haben das Gefühl, daß sie ein bißchen darunter leiden, daß heute vor allem die Vereinigten Staaten, aber doch auch Deutschland und Frankreich, diese Bindungen viel stärker anwenden, als wir das machen können. Bei den Vereinigten Staaten wird dann auf das allgemeine Zahlungsbilanzdefizit hingewiesen. Bei Ihnen wird irgendwie sonst argumentiert. Aber es scheint mir doch, daß in Anbetracht dessen, daß die Regierungen gerade der Vereinigten Staaten und Deutschlands den freien Handelsverkehr als eine gute Sache betrachten, es doch nur natürlich wäre, wenn man den Empfängerländern die Freiheit ließe, dort zu kaufen, wo es am billigsten ist. Hier denke ich natürlich an bestimmte Seiten der amerikanischen, aber auch der deutschen Philosophie, die beide etwas freiheitlicher sind als die unsrige. Ich empfinde es dann immer als merkwürdig, wie man trotzdem (z. B. auch bei der

Schiffahrts- und Luftfahrtpolitik der Vereinigten Staaten) gelegentlich eine ziemlich protektionistische Politik betreibt. Im Falle der Lieferbedingungen kommen auf diese Weise, wie amerikanische Stellen berechnet haben, Preisunterschiede bis zu 20 % zustande.

WIRTSCHAFTSDIENST: Das bedeutet also eine wesentliche Verteuerung der Waren, die die Entwicklungsländer kaufen müssen...

TINBERGEN: ... dadurch, daß sie in Amerika kaufen müssen. Ich nehme an, daß die Unterschiede zwischen Deutschland und Holland nicht so groß sind, und es gibt manche Fälle, wo in der Tat Deutschland billiger sein wird. Sie haben natürlich eine viel entwickeltere Metallindustrie als wir. Es gibt vielleicht nur wenige Produkte, die wir billiger zu liefern imstande wären. Aber zu Amerika sind die Unterschiede größer, und wir sehen es als eine — sagen wir — Unzweckmäßigkeit an, daß diese Bindung immer so stark war.

WIRTSCHAFTSDIENST: Eigentlich ist diese Kontroverse nur dadurch entstanden, daß die Entwicklungshilfe in erster Linie bilateral gegeben worden ist. Auch das ist ja sehr häufig kritisiert worden. Wie ich aus Ihren Ausführungen schließen darf, sind Sie doch mehr für eine Stärkung der multilateralen Hilfe.

TINBERGEN: Das ist der holländische Standpunkt. Persönlich habe ich nichts dagegen, wenn ein bestimmter Teil der Hilfe bilateral ist. Ich glaube, daß man nie eine völlige Zentralisierung haben sollte und daß gewissen Ländern sehr wohl in bilateraler Weise geholfen werden könnte.

WIRTSCHAFTSDIENST: Auch aus rein politischen Gründen wird dies immer wieder gefordert. Z. B. wird gesagt, die Bundesrepublik solle nun einmal, da sie einen good-will in Lateinamerika hat, dort Hilfe leisten. Und das geht natürlich nicht anders als bilateral.

TINBERGEN: Und auch bei uns spricht man heute davon, daß wir bilateral mit Indonesien vielleicht

wieder etwas mehr machen können. Das ist alles verständlich, und aus diesen Gründen sehe ich ein gewisses Ausmaß an bilateraler Hilfe als natürlich an. Aber andererseits glaube ich, daß — damit ein Gleichgewicht gewahrt bleibt — es auch gewisse Stellen geben muß, die internationaler Art sind und die kontrollieren, ob die Zusammensetzung der Hilfe nach Ländern und nach Gütern sinnvoll ist. Das bedeutet also, daß es auch immer einen gewissen Teil geben muß, der multilateral gegeben wird.

WIRTSCHAFTSDIENST: Eines der zentralen Probleme jeder Entwicklungshilfe ist das der Erfolgskontrolle der Hilfe. Welche Möglichkeiten sehen Sie in dieser Hinsicht, insbesondere, wenn man Ihren Gedanken folgt und nicht in erster Linie bilaterale Projekthilfe gibt, wo eine Effizienzkontrolle relativ leicht durchzuführen ist.

TINBERGEN: Natürlich ist es klar, daß, wenn man Projekthilfe gibt, man üblicherweise, wie das auch die Weltbank gemacht hat,

eine ziemlich genaue Kontrolle einrichten kann. Das kann man teilweise auch dann machen, wenn es sich um Programmhilfe handelt, so wie es bei der gegenseitigen Kritik der Wirtschaftspolitik der OECD-Mitglieder immer der Fall gewesen ist. Und ich glaube auch, daß es in beiden Fällen eine Möglichkeit gibt, die Zweckmäßigkeit der Politik der Entwicklungsländer mehr oder weniger stark zu kontrollieren.

Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen, daß ich das Urteil vieler Pessimisten, die bezweifeln, daß der Entwicklungsprozeß in den Entwicklungsländern zweckmäßig geführt wird, nicht teilen kann. Haben wir denn wirklich Zahlen, die uns glauben machen können, daß es so schlecht steht, wie man es uns manchmal suggeriert? Ich möchte als Antwort folgendes sagen: der natürlichste Koeffizient, den man anwenden könnte, um festzustellen, wie die Chancen stehen, ist das Verhältnis von Kapital zur Einkommenszunahme. Denn Kapital wird doch schließlich ein-

gesetzt, damit man Einkommenszunahmen erreicht. Das ist aber nichts anderes als der Kapitalkoeffizient. Und wenn Sie sich nun die Kapitalkoeffizienten der Entwicklungsländer anschauen, so sind sie gar nicht höher als die Kapitalkoeffizienten der entwickelten Länder. Im Gegenteil. Sie sind niedriger. Allerdings weiß ich, daß in den Berechnungen gewisse Fehler stecken. Wahrscheinlich ist der Kapitalkoeffizient, wenn man die Fehler ausmerzen würde, etwas höher. Aber die neue Studie über die Entwicklung Europas, die gerade in diesem Sommer von den Vereinten Nationen in Genf herausgegeben wurde, hat auch für Europa erstaunlich hohe Kapitalkoeffizienten gezeigt. Ich möchte daher gern den Pessimisten entgegenhalten, daß die Chancen für den Entwicklungsprozeß in den Entwicklungsländern nach dem generellen Maßstab, über den wir bis jetzt verfügen, doch nicht so schlecht stehen, wie man uns zuweilen glauben machen will.

investa

invest



Akkumula

VALEUROP

4 interessante Investmentzertifikate für Ihre Geldanlage

DEUTSCHE BANK

AKTIENGESELLSCHAFT

DÜSSELDORF-FRANKFURT(MAIN)-HAMBURG

Mehr als 570 Geschäftsstellen im Bundesgebiet

BERLINER DISCONTO BANK
AKTIENGESELLSCHAFT
Berlin 30, 36 Zweigstellen

SAARLÄNDISCHE KREDITBANK
AKTIENGESELLSCHAFT
Saarbrücken, 11 Geschäftsstellen

BANKHAUS WILH. AHLMANN
Kiel, 6 Zweigstellen

BANKHAUS J. WICHELHAUS & SOHN AG.
Wuppertal-Elberfeld